

SATZUNG
zur Regelung der Entschädigung ehrenamtlich tätiger
Mitglieder des Kreistags und weiterer ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger

Der Kreistag des Landkreises Aschaffenburg erlässt aufgrund der Art. 14 a und 17 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 826; BayR8 2020-3-i-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.12.2024 (GVBl. S. 573) folgende Satzung:

SATZUNG

Teil 1
Entschädigung für Mitglieder des Kreistags

§ 1

Monatliche Grundentschädigung

- (1) Die Mitglieder des Kreistags erhalten für die Abgeltung des mit ihrer Tätigkeit verbundenen Aufwandes eine monatliche Entschädigung von 130,00 € (Art. 14 a Abs. 1 LkrO). Mit dieser Entschädigung sind auch Aufwendungen im Zusammenhang mit der Nutzung des digitalen Sitzungsmanagements abgegolten.
- (2) ¹Zusätzlich zu der in Abs. 1 genannten Entschädigung erhalten die weiteren aus der Mitte des Kreistags bestellten Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Landrates für ihre Inanspruchnahme eine monatliche Entschädigung in Höhe von 904,00 €. ²Die Entschädigung wird jeweils mit der Erhöhung der Beamtengehälter der Besoldungsgruppen A mit dem gleichen Vom-Hundert-Satz und ab dem gleichen Zeitpunkt angepasst (Art. 54 Abs. 2 KVVBG gilt sinngemäß). ³Außerdem erhalten sie eine Fahrtkostenentschädigung nach den für die Kreisrätinnen und Kreisräte maßgebenden Bestimmungen (§ 2 Abs. 1 der Satzung).
- (3) Die Vorsitzenden von Kreistagsfraktionen, welche im Kreistag mindestens zwei Sitze innehaben (§ 29 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistags Aschaffenburg), erhalten eine monatliche zusätzliche Entschädigung für den Fraktionsgeschäftsaufwand in Höhe von 13,00 € je Fraktionsmitglied.

§ 2

Sitzungsentschädigung

- (1) ¹Die Mitglieder des Kreistags erhalten bei Teilnahme an den Sitzungen des Kreistags für jeden Sitzungstag ein Sitzungsgeld in Höhe von 45,00 €. ²Zusätzlich werden für die Sitzungsteilnahme die Fahrtkosten in Höhe der Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung nach Art. 6 des Bayerischen Reisekostengesetzes (BayRKG) in der jeweils geltenden Fassung für die Strecke zwischen Wohnort

und regelmäßigem Sitzungsort Aschaffenburg erstattet. ³Fahrtkosten werden auch bei Nutzung eines regelmäßig verkehrenden, öffentlichen Beförderungsmittels unter Nachweis der tatsächlich entstandenen Aufwendungen gewährt.

- (2) ¹Angestellte und Arbeitende haben Anspruch auf Ersatz des entgangenen Lohnes oder Gehaltes. ²Der Nachweis ist durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers zu führen.
- (3) ¹Selbständig Tätige und Personen, die keine Ersatzansprüche nach Abs. 2 haben, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten für die durch die Teilnahme an Sitzungen entstehenden Zeitversäumnisse eine pauschale Entschädigung. ²Diese beträgt bei Sitzungen von Kreistag oder Ausschüssen, die wochentags stattfinden bis 18:00 Uhr, 32,00 € für selbständig Tätige und Freiberuflerinnen und Freiberufler, im Übrigen 15,00 € je Stunde Sitzungsdauer.
- (3a) ¹Mitglieder des Kreistags, die aufgrund der Wahrnehmung des Ehrenamtes zusätzlich eine Hilfskraft zur Betreuung Angehöriger benötigen, haben einen Anspruch auf Erstattung der in diesem Zusammenhang angefallenen, zusätzlichen Betreuungskosten. ²Der Höchstsatz des Erstattungsbetrages aus Abs. 3 und Abs. 3 a) wird auf die in Abs. 3 Satz 2 festgelegte Entschädigung für selbständig und freiberuflich Tätige je Stunde Sitzungsdauer begrenzt. ³Die Erstattung der entstandenen Aufwendungen erfolgt gegen Nachweis.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 a) gelten auch
 - a) bei Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse oder weiterer Gremien, in die Kreisrätinnen und Kreisräte vom Kreistag bestellt wurden, sofern für die Teilnahme dort nicht besondere Entschädigungsregelungen bestehen;
 - b) bei Teilnahme an den jeweils vor einer Kreistagssitzung stattfindenden Fraktionssitzungen sowie zusätzlich für vier außerordentliche Fraktionssitzungen jährlich;
 - c) bei Wahrnehmung von Dienstgeschäften im Auftrage der zuständigen Kreisorgane.
- (5) Änderungen der Zugehörigkeit zu einer Personengruppe der Abs. 1 bis 3 a) sind dem Landratsamt unverzüglich mitzuteilen.
- (6) Als Nachweis für die Gewährung von Entschädigungen nach Abs. 1 bis 4 gelten die Anwesenheitslisten.
- (7) Finden an einem Tag mehrere Sitzungen nach den Abs. 1 und 4 statt, wird das Sitzungsgeld nach Abs. 1 Satz 1 nur einmal gewährt.

§ 3
Reisekosten

¹Für auswärtige Dienstgeschäfte von Mitgliedern des Kreistags werden Reisekosten und Tagegelder nach Art. 6 und 8 BayRKG gewährt. ²Bei der Berechnung der Tagegelder gilt abweichend von den Reisekostenbestimmungen als Antritt und Ende der Dienstreise der Zeitpunkt, an dem das Kreistagsmitglied oder die sonstig ehrenamtlich tätige Person ihren Wohnort verlässt bzw. erreicht. ³Neben Reisekosten werden Sitzungsgelder nicht gewährt.

Teil 2
Entschädigung für ehrenamtlich tätige Feuerwehrdienstleistende der Kreisbrandinspektion und benannte Örtliche Einsatzleiterinnen und Einsatzleiter sowie Funk- und Gerätewarte

§ 4
Monatliche Entschädigung für ehrenamtlich tätige Feuerwehrdienstleistende

Die nachstehenden Personen erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung wie folgt:

- Kreisbrandrat	1.042,30 €
- Kreisbrandinspektoren	1.242,00 €
- Kreisbrandmeister	432,10 €
- Funk- und IT Warte	100,00 €
- Benannte Örtliche Einsatzleiter	250,00 €

§ 5
Geschäftsaufwendungen

¹Für den Kreisbrandrat und die Kreisbrandinspektoren wird eine monatliche Pauschale in Höhe von jeweils 20,00 € für Geschäftsaufwendungen gewährt. ²§ 13 Abs. 3 Nr. 1 AVBayFwG bleibt unberührt.

Teil 3
Entschädigung für weitere ehrenamtlich Tätige

§ 6
Monatliche Entschädigung für ehrenamtlich Tätige

Die nachstehenden weiteren ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung wie folgt:

- Leitung (digitales) Medienzentrum	450,00 €
-------------------------------------	----------

- Stellv. Leitung (digitales) Medienzentrum	450,00 €
- Weitere Mitarbeitende des Medienzentrum	300,00 €
- Kreisheimatpflegerinnen und -pfleger	250,00 €
- Kreisarchivpflegerin und -pfleger	175,00 €

§ 7

Aufwandsabhängige Entschädigung für ehrenamtlich Tätige

- (1) ¹Durch das Landratsamt Aschaffenburg geschulte und zertifizierte Sprachvermittlerinnen und Sprachvermittler erhalten je Einsatz 20,00 €. ²Sonstige ehrenamtlich tätige Personen (Beispielsweise Dolmetschertätigkeiten bei Flüchtlingshilfen, usw.) erhalten eine Aufwandsentschädigung je Stunde in Höhe von 13,00 €. ³Die angefangene Stunde unter 30 Minuten wird mit der Hälfte des Stundensatzes abgegolten.
- (2) An- und Abfahrtszeiten werden nicht berücksichtigt.
- (3) Die geleisteten Stunden müssen in geeigneter Weise dokumentiert werden. Eine entsprechende Auszahlung erfolgt nach Bestätigung durch die beauftragende Stelle des Landratsamts Aschaffenburg.

§ 8

Sitzungsentschädigung für ehrenamtlich Tätige im Ausländer- und Integrationsbeirat

¹Die stimmberechtigten Mitglieder des Ausländer- und Integrationsbeirats erhalten, sofern ihnen nicht bereits nach § 2 dieser Satzung ein Sitzungsgeld gewährt wird, bei Teilnahme an den Sitzungen des Ausländer- und Integrationsbeirats für jeden Sitzungstag ein Sitzungsgeld in Höhe von 45,00 €. ²Als Nachweis für die Gewährung von Aufwandsentschädigungen gelten die Anwesenheitslisten.

§ 9

Allgemeiner Teil

- (1) Voraussetzung für einen Entschädigungsanspruch ist immer, dass die jeweiligen ehrenamtlich tätigen Personen mit Wissen und Wollen des Landkreises eingesetzt und für den Landkreis Aschaffenburg tätig sind.
- (2) ¹Mit der Entschädigung aus § 4, § 6, § 7 und § 8 ist der persönliche und sachliche Aufwand einschließlich des Aufwands für Dienstreisen und Dienstgänge innerhalb des Landkreises Aschaffenburg bzw. der Stadt Aschaffenburg abgegolten. ²Fahrtkosten für Fahrten außerhalb des Landkreises Aschaffenburg und der Stadt Aschaffenburg werden nach § 3 erstattet. Die Regelungen des § 13 Abs. 4 AVBayFWG bleiben unberührt.

Teil 4
Gemeinsamer
Teil

§ 10
Mehrere ehrenamtliche Tätigkeiten

Übt eine Person mehrere ehrenamtliche Tätigkeiten nach dieser Satzung aus, besteht jeweils ein gesonderter Anspruch auf Entschädigung je Tätigkeit, sofern die Tätigkeiten nicht zeitgleich in Personalunion ausgeübt werden.

§ 11
Ehrenamt und Beschäftigungsverhältnis

Liegt die Wahrnehmung von Tätigkeiten im Pflichtenkreis eines bestehenden Beschäftigungs- oder Dienstverhältnisses einer Person, ist für diese Person eine gleichzeitige Entschädigung nach dieser Satzung ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon ist die Entschädigung nach § 4 für den Kreisbrandrat.

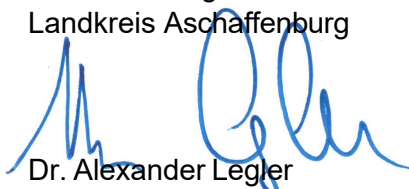
§ 12
Steuerliche Behandlung

Die steuerliche Behandlung der Leistungen nach dieser Satzung obliegt der empfangsberechtigten Person.

§ 13
In-Kraft-Treten

¹Diese Satzung tritt am 01.05.2026 in Kraft. ²Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisher geltende Satzung zur Regelung der Entschädigung ehrenamtlich tätiger Mitglieder des Kreistages und sonstiger Kreisbürgerinnen und Kreisbürger vom 15.12.2025 außer Kraft.

Aschaffenburg, 12.05.2026
Landkreis Aschaffenburg


Dr. Alexander Legler
Landrat

**Vollzug der Bayer. Bauordnung (BayBO);
Öffentliche Bekanntmachung
einer Baugenehmigung
gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 BayBO**

Bauvorhaben: **Umbau und Erweiterung Wohn- und Geschäftshaus (Tektur: Umbau Laden EG, Einbau 2 WE 1.OG)**
Bauherr: **W.u.M.Bau GmbH & Werner und Marianne Arch GbR, Herr Werner Arch, Mainblick 14, 63801 Kleinostheim**
Bauort: **Goethestraße 81+83/Josef-Hepp-Straße 24, 63801 Kleinostheim Gemarkung Kleinostheim, Fl. Nr(n). 4762/3, 4762/4**

Mit Bescheid des Landratsamtes Aschaffenburg vom 15.05.2026, Az. 14-2017-1432-BAVV-Ä03, wurde die Baugenehmigung für das oben genannte Vorhaben unter Auflagen und Bedingungen erteilt.

Den Eigentümern benachbarter Anwesen, die dem Vorhaben nicht zugestimmt haben, ist gem. Art. 66 Abs. 1 BayBO eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbescheides zuzustellen. Da deren Anzahl mehr als 20 Beteiligte beträgt, wird die erforderliche Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt.

Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landratsamtes Aschaffenburg als bewirkt (Art. 66 Abs. 2 Satz 6 BayBO).

Die Nachbarn können die Akten des Baugenehmigungsverfahrens im Landratsamt Aschaffenburg, Fachbereich 14 – Baurecht, Bayernstraße 18, Zi-Nr. A-3.49, nach vorheriger Terminvereinbarung über die Homepage des Landratsamtes Aschaffenburg (www.landkreis-aschaffenburg.de), einsehen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Würzburg

Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Erhebung einer Klage ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Erhebung einer Klage per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Seit 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Aschaffenburg, 15.05.2026
Landratsamt Aschaffenburg

gez.

Christina Schmitt
Regierungsdirektorin

LANDRATSAMT ASCHAFFENBURG

gez.

Dr. Alexander Legler
Landrat